

FRANZISKA BARTL

Die neuen Rechtsinstrumente
zum IPR des Unterhalts
auf internationaler und
europäischer Ebene

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

271

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

271

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Franziska Bartl

Die neuen Rechtsinstrumente
zum IPR des Unterhalts
auf internationaler und
europäischer Ebene

Mohr Siebeck

Franziska Bartl, geboren 1984; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Lausanne und Würzburg; seit 2010 Rechtsreferendarin am Landgericht Darmstadt; 2011 Promotion.

e-ISBN PDF 978-3-16-151943-7

ISBN 978-3-16-151803-4

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2011 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Eva-Maria Kieninger, die bereits während meines Studiums mein Interesse am Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht förderte und mein Dissertationsvorhaben mit fachlichem Rat betreute. Bedanken möchte ich mich auch bei Frau Prof. Dr. Panajotta Lakkis für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Dank schulde ich ferner Herrn Prof. Dr. Jürgen Basedow vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Ebenso danke ich meinen Freunden Judith Begemann, Bernadette Koll und Jan Dyckmans für ihre wertvollen Hinweise bei der Ausarbeitung sowie Daniel Schäfer für seine Unterstützung bei technischen Schwierigkeiten. Zahlreiche hilfreiche Anregungen erhielt ich auch von Christian Vogler, der leider viel zu früh vor Vollendung dieser Arbeit verstorben ist. Ihm gebührt besonderer Dank. Ein herzlicher Dank geht auch an Herrn Thomas Mattern, der die mühevollen Aufgabe der orthographischen Durchsicht übernommen hat.

In ganz besonderem Maße möchte ich meinen Eltern, meiner Schwester Friederike und meinem Freund Thomas Walter herzlich danken. Meine Eltern haben mein Dissertationsvorhaben stets vorbehaltlos und in jeglicher Hinsicht gefördert und durch ihr Vertrauen einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Abschluss dieser Arbeit erbracht. Thomas hat durch seinen fortwährenden motivierenden Zuspruch und seine uneingeschränkte Unterstützung ganz wesentlich zum Gelingen meines Promotionsvorhabens beigetragen.

Meinen Eltern und Thomas sei diese Arbeit gewidmet.

Brüssel, im Februar 2012

Franziska Bartl

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
<i>Einleitung</i>	1
A. Anlass der Arbeit	1
B. Ziel der Arbeit.....	3
C. Gang der Untersuchung.....	3
<i>Kapitel 1: Rechtsinstrumente zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung</i>	5
A. Überblick über die bisher bestehenden Rechtsquellen.....	5
B. Neue Regelungswerke	12
<i>Kapitel 2: Anwendungsbereich</i>	23
A. Anwendungsbereiche der neuen Rechtsinstrumente.....	23
B. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen als Regressgläubiger	29
C. Anwendungsbereiche mit Vorbehaltsmöglichkeiten	33
D. Ergebnis	43
<i>Kapitel 3: Zuständigkeit</i>	46
A. Sog. „forum shopping“	47
B. Zuständigkeiten für Unterhaltssachen	52
C. Anknüpfungspunkte „Wohnsitz“ und „gewöhnlicher Aufenthalt“	54
D. Regelung in Bezug auf die „Restzuständigkeit“	58
E. Internationale Zuständigkeit bei Abänderungsklagen.....	61

F. Rechtshängigkeit gem. Art. 27 EuGVO	67
G. Kritische Anmerkungen zur Regelung der örtlichen Zuständigkeit in Fällen ohne internationalen Bezug	67
H. Kritische Anmerkungen zum Anknüpfungspunkt des Art. 4 Abs. 1 lit. c ii UnterhaltsVO	70
I. Kritische Anmerkungen zur völkerrechtlichen Problematik von Art. 4 Abs. 4 letzter Halbsatz UnterhaltsVO	71
J. Ergebnis	72

Kapitel 4: Anwendbares Recht

A. Anknüpfungspunkte	75
B. Einheitliches Kollisionsrecht.....	82
C. Sonderanknüpfung für das Scheidungsstatut	91
D. Anwendungsbereich der „besonderen Mittel zur Verteidigung“	97
E. Rechtswahlmöglichkeiten	100
F. Vorbehaltsmöglichkeiten.....	110
G. Anknüpfung von Vorfragen	112
H. Kollisionsrechtliche Anknüpfung der Abänderung von Unterhaltsentscheidungen	113
I. Kritische Anmerkungen in Bezug auf Art. 9 HUP 2007.....	114
J. Ergebnis	116

Kapitel 5: Behördliche Zusammenarbeit

A. Anwendung der Regelungen zur behördlichen Zusammenarbeit.....	119
B. Verfahrensdauer	122
C. Kosten der grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung	131
D. Kritische Anmerkungen zur Abgrenzung der neuen unterhaltsrechtlichen Rechtsinstrumente	144
E. Kritische Anmerkungen zur Ausgestaltung des Art. 55 UnterhaltsVO	147
F. Ergebnis	147

Kapitel 6: Anerkennung und Vollstreckung.....

A. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen	151
B. Vollstreckung durch den Vollstreckungsstaat	204

C. Kritische Anmerkungen zum Fehlen einer harmonisierten Regelung über die Zustellung in der Unterhaltsverordnung	213
D. Ergebnis	215
 <i>Schlussbetrachtungen und Endergebnis</i>	 218
A. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse.....	218
B. Erforderlichkeit eines eigenständigen Rechtsinstruments zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung auf europäischer Ebene	222
C. Endergebnis.....	227
 Literaturverzeichnis	 229
Materialverzeichnis.....	239
Register.....	245

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Einleitung.....	1
<i>A. Anlass der Arbeit</i>	1
<i>B. Ziel der Arbeit</i>	3
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	3
Kapitel 1: Rechtsinstrumente zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung.....	5
<i>A. Überblick über die bisher bestehenden Rechtsquellen</i>	5
I. Vereinte Nationen.....	6
II. Haager Konferenz für Internationales Privatrecht.....	6
III. Europäische Gemeinschaft.....	7
IV. Sonstige Übereinkommen.....	10
V. Innerstaatliches Recht.....	11
VI. Gesamtbetrachtung der bisher bestehenden Rechtsquellen.....	11
<i>B. Neue Regelungswerke</i>	12
I. Regelungen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht.....	13
1. Allgemeines.....	13
2. Entwicklung des Haager Unterhaltsübereinkommens und des Haager Unterhaltsprotokolls.....	13
3. Aufbau.....	15
a) Haager Unterhaltsübereinkommen.....	15
b) Haager Unterhaltsprotokoll.....	16

4. Ziele	16
a) Haager Unterhaltsübereinkommen.....	16
b) Haager Unterhaltsprotokoll.....	16
II. Europäische Regelung	17
1. Allgemeines	17
2. Entwicklung der Unterhaltsverordnung.....	17
3. Aufbau	20
4. Ziele	21
Kapitel 2: Anwendungsbereich	23
A. Anwendungsbereiche der neuen Rechtsinstrumente	23
I. Haager Unterhaltsübereinkommen	23
1. Sachlicher Anwendungsbereich	23
2. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	24
3. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	25
II. Haager Unterhaltsprotokoll	25
1. Sachlicher Anwendungsbereich	25
2. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	26
3. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	26
III. Unterhaltsverordnung	27
1. Sachlicher Anwendungsbereich	27
2. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	27
3. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	29
B. Öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen als Regressgläubiger	29
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	29
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	30
1. Haager Unterhaltsübereinkommen	30
a) Überblick über Art. 36 Abs. 1 HUÜ 2007.....	30
b) Eindeutige Regelung im Hinblick auf öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen als Regressgläubiger	31
2. Unterhaltsverordnung.....	32
a) Überblick über Art. 64 Abs. 1 UnterhaltsVO.....	32
b) Eindeutige Regelung im Hinblick auf öffentliche Aufgaben wahrnehmende Einrichtungen als Regressgläubiger	32
III. Zusammenfassung	33
C. Anwendungsbereiche mit Vorbehaltsmöglichkeiten.....	33

I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	33
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	35
1. Haager Unterhaltsübereinkommen	35
a) Überblick über Art. 2 HUÜ 2007.....	35
b) Restriktiver „Kernanwendungsbereich“ mit flexibler Erweiterungsmöglichkeit	35
c) Kritische Anmerkungen	37
2. Haager Unterhaltsprotokoll	39
a) Überblick über Art. 1, 27 HUP 2007	39
b) Ausschluss von Vorbehaltsmöglichkeiten.....	39
3. Unterhaltsverordnung.....	42
a) Überblick über Art. 1 UnterhaltsVO	42
b) Weiter Anwendungsbereich ohne Vorbehaltsmöglichkeiten.....	42
III. Zusammenfassung	42
 D. Ergebnis	 43
 Kapitel 3: Zuständigkeit	 46
 A. Sog. „forum shopping“	 47
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	47
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	48
1. Haager Unterhaltsübereinkommen	48
2. Unterhaltsverordnung.....	50
a) Überblick über Art. 3 UnterhaltsVO	50
b) Ausschluss des „forum shopping“.....	51
III. Zusammenfassung	52
 B. Zuständigkeiten für Unterhaltssachen	 52
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	52
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	53
1. Überblick über Art. 3 UnterhaltsVO	53
2. Allgemeine Zuständigkeiten gem. Art. 3 UnterhaltsVO.....	53
 C. Anknüpfungspunkte „Wohnsitz“ und „gewöhnlicher Aufenthalt“	 54
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	54
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	56
1. Überblick über Art. 3 UnterhaltsVO	56
2. Anknüpfungspunkt „gewöhnlicher Aufenthalt“ anstelle von „Wohnsitz“	56

<i>D. Regelung in Bezug auf die „Restzuständigkeit“</i>	58
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	58
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	59
1. Überblick über Art. 6 und Art. 7 UnterhaltsVO	59
2. Auffangzuständigkeit gem. Art. 6 UnterhaltsVO und Notzuständigkeit gem. Art. 7 UnterhaltsVO	60
<i>E. Internationale Zuständigkeit bei Abänderungsklagen</i>	61
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	61
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	62
1. Haager Unterhaltsübereinkommen	62
a) Überblick über Art. 18 HUÜ 2007.....	62
b) „Negative Zuständigkeitsregelung“ für Abänderungsklagen	63
2. Unterhaltsverordnung.....	64
a) Überblick über Art. 8 UnterhaltsVO	64
b) „Negative Zuständigkeitsregelung“ für Abänderungsklagen	65
III. Zusammenfassung	66
<i>F. Rechtshängigkeit gem. Art. 27 EuGVO</i>	67
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	67
II. Keine Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	67
<i>G. Kritische Anmerkungen zur Regelung der örtlichen Zuständigkeit in Fällen ohne internationalen Bezug</i>	67
I. Überblick über Art. 3 UnterhaltsVO.....	67
II. Kritik	68
<i>H. Kritische Anmerkungen zum Anknüpfungspunkt des Art. 4 Abs. 1 lit. c ii UnterhaltsVO</i>	70
I. Überblick über Art. 4 Abs. 1 lit. c ii UnterhaltsVO	70
II. Kritik	70
<i>I. Kritische Anmerkungen zur völkerrechtlichen Problematik von Art. 4 Abs. 4 letzter Halbsatz UnterhaltsVO</i>	71
I. Überblick über Art. 4 Abs. 4 letzter Halbsatz UnterhaltsVO.....	71
II. Kritik	71
<i>J. Ergebnis</i>	72

Kapitel 4: Anwendbares Recht	74
<i>A. Anknüpfungspunkte</i>	75
I. Anknüpfungsreihenfolge	75
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	75
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	76
a) Überblick über Art. 3, 4 HUP 2007	76
b) Änderung der Anknüpfungsleiter in Bezug auf Unterhaltungspflichten	77
aa) Beibehaltung der Grundanknüpfung	78
bb) Veränderte Reihenfolge der subsidiären Anknüpfungen	79
II. Eingreifen der subsidiären Anknüpfungen der Art. 5 und 6 UStA	81
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	81
2. Keine Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	82
<i>B. Einheitliches Kollisionsrecht</i>	82
I. Akzeptanz der Haager Unterhaltsstatutsübereinkommen in Staaten, die dem „common law“-Rechtskreis angehören	82
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	82
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	83
a) Überblick über Art. 4 HUP 2007	83
b) Stärkere Einbeziehung der Staaten, die dem „common law“- Rechtskreis angehören	83
II. Kollisionsrecht innerhalb der Europäischen Union	85
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	85
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	86
a) Überblick über Art. 15 UnterhaltsVO	86
b) Einheitliches Kollisionsrecht innerhalb der Europäischen Union	86
aa) Grundsätzliche Entscheidung zur einheitlichen Regelung des Unterhaltskollisionsrechts auf europäischer Ebene	86
bb) Vorteile der Geltung des Haager Unterhaltsprotokolls für die Gemeinschaft	88
3. Zusammenfassung	91
<i>C. Sonderanknüpfung für das Scheidungsstatut</i>	91
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	91
II. Wegfall des Art. 8 UStA	93
<i>D. Anwendungsbereich der „besonderen Mittel zur Verteidigung“</i>	97

I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	97
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	98
1. Überblick über Art. 6 HUP 2007.....	98
2. Erweiterter Anwendungsbereich des Art. 6 HUP 2007	98
<i>E. Rechtswahlmöglichkeiten</i>	<i>100</i>
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	100
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	101
1. Überblick über Art. 7 und Art. 8 HUP 2007.....	101
2. Einräumung von Rechtswahlmöglichkeiten in Art. 7 und Art. 8 HUP 2007.....	103
3. Kritische Anmerkungen zum Unterhaltsverzicht als Rechtswahlgrenze i.S.d. Art. 8 Abs. 4 HUP 2007	108
<i>F. Vorbehaltsmöglichkeiten</i>	<i>110</i>
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	110
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente.....	111
1. Überblick über Art. 27 HUP 2007.....	111
2. Ausschluss von Vorbehaltsmöglichkeiten	111
<i>G. Anknüpfung von Vorfragen</i>	<i>112</i>
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	112
II. Keine Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	113
<i>H. Kollisionsrechtliche Anknüpfung der Abänderung von Unterhaltsentscheidungen.....</i>	<i>113</i>
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	113
II. Keine Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	113
<i>I. Kritische Anmerkungen in Bezug auf Art. 9 HUP 2007.....</i>	<i>114</i>
I. Überblick über Art. 9 HUP 2007	114
II. Kritik	114
<i>J. Ergebnis.....</i>	<i>116</i>
 Kapitel 5: Behördliche Zusammenarbeit.....	 118
<i>A. Anwendung der Regelungen zur behördlichen Zusammenarbeit</i>	<i>119</i>

I.	Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	119
1.	Keine einheitliche Anwendung des New Yorker UN- Übereinkommens in den Vertragsstaaten	120
2.	Misstrauen der Antragsteller in die Effektivität der zuständigen Behörden	121
3.	Sonderauffassung von England und Wales.....	121
II.	Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	122
 <i>B. Verfahrensdauer</i> 122		
I.	Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	122
II.	Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	124
1.	Haager Unterhaltsübereinkommen	124
a)	Überblick über Art. 12 HUÜ 2007	124
b)	Aufnahme von Bestimmungen zum Informationsaustausch und Beschleunigung des Verfahrens	124
2.	Unterhaltsverordnung.....	128
a)	Überblick über Art. 58 UnterhaltsVO	128
b)	Aufnahme von Bestimmungen zum Informationsaustausch und Beschleunigung des Verfahrens	129
III.	Zusammenfassung	131
 <i>C. Kosten der grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung</i>		
I.	Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage.....	131
II.	Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	133
1.	Haager Unterhaltsübereinkommen	133
a)	Überblick über Art. 8, 14 bis 17 HUÜ 2007	133
b)	Grundsätzliche Reduzierung der Kosten der grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung	135
c)	Kritische Anmerkungen	138
2.	Unterhaltsverordnung.....	139
a)	Überblick über Art. 44 bis 47, 54 UnterhaltsVO.....	139
b)	Reduzierung der Kosten der grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung	142
III.	Zusammenfassung	143
 <i>D. Kritische Anmerkungen zur Abgrenzung der neuen unterhaltsrechtlichen Rechtsinstrumente</i>		
I.	Haager Unterhaltsübereinkommen	144
1.	Überblick über Art. 6 Abs. 2 lit. g und lit. j HUÜ 2007	144
2.	Kritik	145
II.	Unterhaltsverordnung	145

1. Überblick über Art. 51 Abs. 2 lit. g und lit. j UnterhaltsVO.....	145
2. Kritik	146
<i>E. Kritische Anmerkungen zur Ausgestaltung des Art. 55 UnterhaltsVO</i>	<i>147</i>
I. Überblick über Art. 55 UnterhaltsVO.....	147
II. Kritik	147
<i>F. Ergebnis</i>	<i>147</i>
Kapitel 6: Anerkennung und Vollstreckung.....	149
<i>A. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen.....</i>	<i>151</i>
I. Anwendungsbereich der Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	151
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	151
a) Haager Rechtsinstrumente	151
b) Europäische Rechtsinstrumente	152
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente.....	153
a) Haager Unterhaltsübereinkommen.....	153
aa) Überblick über Art. 19 HUÜ 2007	153
bb) Eindeutig festgelegter Anwendungsbereich des Kapitels über die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	154
b) Unterhaltsverordnung	155
aa) Überblick über Art. 16, 48 UnterhaltsVO.....	155
bb) Eindeutig festgelegter Anwendungsbereich des Kapitels über die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	156
3. Zusammenfassung	157
II. Indirekte Entscheidungszuständigkeiten.....	157
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	157
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente.....	159
a) Überblick über Art. 20 HUÜ 2007.....	159
b) Indirekte Entscheidungszuständigkeiten in Art. 20 HUÜ 2007	160
c) Kritische Anmerkungen	162
aa) Einräumung einer Vorbehaltsmöglichkeit in Art. 20 Abs. 2 HUÜ 2007.....	162
bb) Bezugspunkt der Unterhaltsberechtigung in Art. 20 Abs. 5 HUÜ 2007.....	165

III. Verfahren der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Unterhaltsentscheidungen.....	166
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	166
a) Haager Rechtsinstrumente	166
b) Europäische Rechtsinstrumente	166
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente.....	168
a) Haager Unterhaltsübereinkommen.....	168
aa) Überblick über Art. 23, 24, 30 HUÜ 2007.....	168
(1) Verfahren gem. Art. 23 HUÜ 2007	168
(2) Alternatives Verfahren gem. Art. 24 HUÜ 2007	169
(3) Unterhaltsvereinbarungen gem. Art. 30 HUÜ 2007	170
bb) Weitgehende Harmonisierung des Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahrens	171
cc) Kritische Anmerkungen.....	172
(1) Alternatives Verfahren gem. Art. 24 HUÜ 2007	172
(2) Einräumung einer Vorbehaltsmöglichkeit in Art. 30 Abs. 8 HUÜ 2007	173
b) Unterhaltsverordnung	173
aa) Überblick über Art. 17 UnterhaltsVO.....	173
bb) Verbesserungen infolge der Abschaffung des Exequaturverfahrens	174
cc) Kritische Anmerkungen.....	176
(1) Der „ordre public“-Vorbehalt.....	177
(a) Materiellrechtlicher „ordre public“-Vorbehalt	177
(b) Verfahrensrechtlicher „ordre public“-Vorbehalt	178
(2) Würdigung des Wegfalls der „ordre public“-Kontrolle im Vollstreckungsmitgliedstaat	179
(a) Dauer des Exequaturverfahrens.....	180
(b) Risiko der „Doppelkontrolle“	181
(c) Bestätigung der Unterhaltsentscheidung als „Europäischer Unterhaltstitel“	182
(d) Ausreichender Schutz durch europäisches Primärrecht und ggf. nationale verfassungsrechtliche Bedenken	182
(aa) Ausreichender Schutz durch europäisches Primärrecht.....	183
(bb) Verfassungsrechtliche Bedenken aus deutscher Sicht	186
(e) Vertrauensdogma.....	187
(f) Vereinheitlichung des Kollisionsrechts	189
(3) Ergebnis	190
3. Zusammenfassung.....	191

IV. Übersetzung der beizufügenden Schriftstücke und	
Übersetzungskosten	192
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	192
a) Haager Rechtsinstrumente	192
b) Europäische Rechtsinstrumente	192
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	193
a) Haager Unterhaltsübereinkommen	193
aa) Überblick über Art. 44, 45 HUÜ 2007	193
bb) Übersetzung der beizufügenden Schriftstücke und	
Übersetzungskosten	194
b) Unterhaltsverordnung	195
aa) Überblick über Art. 28 UnterhaltsVO	195
bb) Übersetzung der beizufügenden Schriftstücke	195
3. Zusammenfassung	197
V. Dauer des Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahrens ...	197
1. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	197
a) Haager Rechtsinstrumente	197
b) Europäische Rechtsinstrumente	198
2. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	198
a) Haager Unterhaltsübereinkommen	198
aa) Überblick über Art. 23, 24 HUÜ 2007	198
bb) Beschleunigung des Anerkennungs- und	
Vollstreckbarerklärungsverfahrens	198
b) Unterhaltsverordnung	200
aa) Überblick über Art. 17, Art. 23 bis 38 UnterhaltsVO	200
bb) Beschleunigung des Anerkennungs- und	
Vollstreckbarerklärungsverfahrens	202
(1) Unterhaltsentscheidungen aus Mitgliedstaaten, die	
durch das Haager Unterhaltsprotokoll gebunden sind	202
(2) Unterhaltsentscheidungen aus Mitgliedstaaten, die	
nicht durch das Haager Unterhaltsprotokoll	
gebunden sind	202
3. Zusammenfassung	203
<i>B. Vollstreckung durch den Vollstreckungsstaat</i>	<i>204</i>
I. Reformbedarf hinsichtlich der bisherigen Rechtslage	204
1. Haager Rechtsinstrumente	204
2. Europäische Rechtsinstrumente	205
II. Veränderungen durch die neuen Rechtsinstrumente	205
1. Haager Unterhaltsübereinkommen	205
a) Überblick über Art. 32 bis 35 HUÜ 2007	205

b) Verbesserungen im Hinblick auf die Vollstreckung im Vollstreckungsstaat.....	206
c) Kritische Anmerkungen	208
2. Unterhaltsverordnung.....	209
a) Überblick über Art. 19, 20, 39 und 41 UnterhaltsVO	209
b) Verbesserungen im Hinblick auf die Vollstreckung im Vollstreckungsstaat.....	211
III. Zusammenfassung	212
<i>C. Kritische Anmerkungen zum Fehlen einer harmonisierten Regelung über die Zustellung in der Unterhaltsverordnung.....</i>	<i>213</i>
<i>D. Ergebnis</i>	<i>215</i>
Schlussbetrachtungen und Endergebnis	218
<i>A. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse</i>	<i>218</i>
<i>B. Erforderlichkeit eines eigenständigen Rechtsinstruments zur grenzüberschreitenden Unterhaltsdurchsetzung auf europäischer Ebene</i>	<i>222</i>
I. Vorbehaltsmöglichkeiten.....	223
II. Gewährleistung des „freien Verkehrs“ von Unterhaltsentscheidungen.....	225
III. Ergebnis	227
<i>C. Endergebnis</i>	<i>227</i>
Literaturverzeichnis	229
Materialverzeichnis.....	239
Register.....	245

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AUG	Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz) vom 19.12.1986
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht
BGB	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BNotK	Bundesnotarkammer
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000
Brüssel II-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
DAVorm	Der Amtsvormund – Monatsschrift des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen e.V. und ab März 2000 des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
d.h.	das heißt
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
Dok. Nr.	Dokument Nummer
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EFTA	European Free Trade Association

EG	Europäische Gemeinschaft(en); Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 7.2.1992 in der Fassung vom 2.10.1997
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.9.1994
EG-UntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 7.2.1992 in der Fassung vom 2.10.1997
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten vom 4.11.1950
EU	Europäische Union
EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen vom 28.5.2001
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1986
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22.12.2000
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EuR	Europarecht
EUV	Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen vom 21.4.2004
EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten vom 29.5.2000
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht – Betriebsberater für Europa
f.	folgend
FamRBint	Der Familien-Rechts-Berater international
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht – Ehe und Familie im

	privaten und öffentlichen Recht
ff.	folgende
FF	Forum Familienrecht
FLQ	Family Law Quarterly
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FuR	Familie und Recht – Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
ggf.	gegebenenfalls
HFR	Humboldt Forum Recht
HKUnthVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern vom 15. April 1958
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HUnthVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973
HUntStProt	Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 23. November 2007
HUP 2007	Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 23. November 2007
HUÜ 2007	Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen vom 23. November 2007
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i.d.R.	in der Regel
iFamZ	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht. Beratung – Unterbringung – Rechtsfürsorge
IFL	International Family Law
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JAmt	Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht, Monatsschrift des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
JZ	Juristenzeitung
KOM	Europäische Kommission
lit.	litera
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988 bzw. das revidierte Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

NedJur	Nederlandse Jurisprudentie
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
Prel. Doc.	Preliminary Document
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat- recht
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft, Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rs.	Rechtssache
s.	siehe
S.	Seite
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UIFSA	Uniform Interstate Family Support Act
UN	United Nations
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law = Insti- tut international pour l'unification du droit privé
UnterhaltsVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerken- nung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusam- menarbeit in Unterhaltssachen
UnterhaltsVOE	Entwurf einer Verordnung des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
UnthPflUeb	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstre- ckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973
UNUÜ	New Yorker UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 20. Juni 1956
UStA	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzu- wendende Recht vom 2. Oktober 1973
UStAK	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht vom 24. Oktober 1956
Var.	Variante
verb.	verbunden
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Work. Doc.	Working Document

z.B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZZP	Zeitschrift für den Zivilprozess